

Hohe Synode, sehr geehrter Herr Präses, sehr geehrter Herr Kirchenpräsident, sehr geehrter Herr Oberkirchenrat, liebe Schwestern und Brüder, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe die Ehre, namens des Sonderausschusses „Strategie Anhalt 2035“ das auftragsgemäß erarbeitete Strategiepapier einzubringen. Bereits gestern Abend haben wir Synodalen und der Landeskirchenrat das Papier zur Kenntnis genommen und uns darüber ausgetauscht. Bevor ich auf den Inhalt des Strategiepapiers eingehe, möchte zunächst etwas weiter zurückblicken.

„Fürchte dich nicht, du kleine Herde; denn es ist eures Vaters Wohlgefallen, euch das Reich zu geben“. Über diese bei Lukas überlieferten Worte Jesu predigte Albert Hinze am 26. August 1919 in der nahen Marienkirche zur Eröffnung der 14. Landessynode. Noch einmal nach dem patriarchalisch und besitzbürgerlich geprägten System von 1875 zustande gekommen, sollte diese Tagung die letzte ihrer Art sein. Die „Evangelische Landeskirche des Herzogtums Anhalt“ hatte ein dreiviertel Jahr zuvor aufgehört zu existieren, als mit der Thronverzichtserklärung des Prinzregenten am 12. November 1918 das Herzogtum erloschen war.

Albert Hinze, Jahrgang 1861, war Superintendent des Kirchenkreises Zerbst. Wie fast alle seiner Brüder war er entsetzt über die Revolution, sah er in den Revolutionären gott- und vaterlandslose Gesellen. Wie fast alle seiner Brüder konnte Hinze sich nicht vorstellen, wie es in einem nachchristlichen Staat werden sollte, in einem Staat, der sich auf Menschensatzung gründete, der die Kirche zwang, sich – *horribile dictu* – demokratisch, unter dem Einfluss der Massen – zu organisieren, einem Staat, in dem zu befürchten stand, dass „die letzten Reste kirchlicher Ordnung und geistlichen Lebens auf Erden vernichte[t]“ werden würden.

Liebe Schwestern und Brüder, das damals war eine Krise für die Kirche. Die alte Ordnung trug nicht mehr, eine neue war noch nicht da. Doch wie fast alle

seiner Brüder stellte sich Albert Hinze dieser Krise. Und siehe: Die alten weißen Männer taten, was ihnen keiner zutraute: Sie verabschiedeten ein volldemokratisches Wahlgesetz. Und siehe: Infolge allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen trat in der Georgenkirche im November eine Landeskirchenversammlung zusammen, die schon am 14. Juli 1920 eine Kirchenverfassung verabschiedete. Und siehe: In der Zeitschrift *Die Christliche Welt*, dem Sprachrohr des liberalen Protestantismus, war deutschlandweit zu lesen, diese Kirchenverfassung sei „die fortschrittlichste von allen, die es bisher in Deutschland gibt“. Und siehe noch dieses: Auf der Grundlage dieser Verfassung entwickelte sich in dieser Kirche eine demokratische Kultur, auf der Grundlage dieser Verfassung ist diese Kirche bis heute durch die Zeiten gegangen.

Doch die Zeiten ändern sich. Charakterisierte die *Christliche Welt* 1920 Anhalt als „kleine Landeskirche von nicht mehr als 300 000 Seelen“, so implizierte dies einen Bevölkerungsanteil von über 95 Prozent. Evangelischsein war damals ein Bestandteil der Gegenwartskultur. Heute ist es dies nicht mehr. Wenn es so weiter geht, werden wir in drei Jahren unter die 20.000-er Marke fallen. Und viel länger wird es nicht dauern, bis der Staat seine Zuwendungen in Gestalt der Staatsleistungen ablösen oder einstellen wird; als Ehrenamts- und als Kulturträger werden wir jetzt schon nicht mehr wahrgenommen.

Liebe Schwestern und Brüder, das heute ist auch eine Krise für die Kirche. Heute hat sich nicht das politische System infolge einer Revolution, heute hat sich die Gesellschaft infolge eines langen, generationenübergreifenden Prozesses sehr tiefgreifend verändert. Auch heute trägt die alte Ordnung nicht mehr. Es fehlt uns schlicht an Menschen und an Geld, um ihr noch länger zu entsprechen.

Dr. Steffen Bauer hat auf der Frühjahrssynode eindringlich berichtet von den Einschnitten, die insbesondere in westdeutschen Kirchen anstehen. Unsere Geschwister in der Pfalz müssen bis 2035 jährlich auf 60 Mio EUR in ihrem Haus-

halt verzichten. Die württembergische Kirche muss in zehn Jahren eine Milliarde einsparen, um ihre Pensionszusagen erfüllen zu können. „Eben war doch die Welt noch in Ordnung!“, klage mancher, berichtete Dr. Bauer, doch seine Antwort lautete: „Nein, das war sie nicht! Ihr habt nur nicht richtig hingesehen! Ihr habt euch totgestellt oder lediglich an Stellschrauben gedreht.“ Müssen vielleicht auch wir bekennen, dass wir nur an Stellschrauben gedreht haben? Seit vielen Jahren hängt unsere Existenz an der Hilfe westdeutscher Geberkirchen. Für diese Unterstützung sind wir dankbar. Dieser Unterstützung würdig erweisen wir uns aber nur, wenn wir jetzt die richtigen Schlüsse aus dem Fortschreiten jenes Veränderungsprozesses ziehen, mit dem wir seit Jahrzehnten Erfahrungen gemacht haben und der nun auch unsere Geschwister mit aller Macht erfasst hat. Indem nicht nur die Staatsleistungen auf der Kippe stehen, sondern auch der Kirchenfinanzausgleich bis 2035 abgeschmolzen wird – zusammen bilden beide Posten heute knapp 36 Prozent unserer Einnahmen –, wird deutlich: Für uns schließt sich da sehr schnell ein Zeitfenster.

Immerhin haben wir ein Zeitfenster. Das ist eine gute Nachricht. Anders als 1918 muss sich die Kirche nicht unter dem Druck einer fremden Macht in das Unvermeidliche fügen. Wir haben es selbst in der Hand. Noch! Noch – ! – können wir selbstbestimmt handeln. Die wichtigste Botschaft des Strategiepapiers lautet: Wir dürfen uns nicht totstellen, wir dürfen nicht mehr an Stellschrauben drehen. Wir brauchen eine Transformation. Und Strategie 2035 heißt nicht, dass wir bis 2035 Zeit hätten. Es heißt: Wollen wir in zehn Jahren noch Kirche sein, dann müssen wir uns jetzt bewegen.

Ich will drei Kennzeichen der Kirche nennen, wie wir sie uns vorstellen:

Erstens: Wir bekennen uns zum Evangelium von der freien Gnade Gottes in Jesus Christus. Dieser Satz stand übrigens schon 1920 in der Kirchenverfassung. Und wenn Kirche da ist, wo Menschen sich versammeln, um dieses Evangelium zu ihrer Glaubensüberzeugung zu machen und es handelnd umzusetzen, dann

baut sie *zweitens* wesentlich auf das freiwillige Engagement von Christen. Wir glauben, dass die Kirche der Zukunft von einer Ermöglichungskultur geprägt sein muss: Hauptamtliches Handeln wird dazu da sein, ehrenamtliches Handeln zu ermöglichen. *Drittens* sagen wir ja zu Anhalt als einer historisch gewachsenen Gestalt von Kirche. Aber wir sagen auch: Wir dürfen nicht Wort und Werk Jesu für uns in Dienst nehmen, sondern wir sind es, die zum Dienst an Jesu Wort und Werk berufen sind. In kritischer Distanz zu ihrer Existenz muss diese Kirche bereit sein, sich eine ganz neue Gestalt zu geben – und das impliziert die Möglichkeit, in einer anderen Gestalt aufzugehen. Das darf kein Tabu sein.

Drei Felder der Umformung hat der Ausschuss identifiziert, die ich kurz referieren möchte.

1. Theologische und kulturelle Transformation

Unverzichtbares Fundament für eine gelingende Zukunft ist eine theologisch reflektierte Antwort auf den uns zur Transformation zwingenden Prozess. Sie besteht, so unsere Überzeugung, aus einer grundlegenden Besinnung auf unseren Auftrag und der nicht minder tiefeschürfenden Klärung der Frage, wie wir die große Distanz zwischen uns und der Gesellschaft verringern können. Die Relevanz von Kirche entsteht nicht durch ihre Größe und ihre politische Macht, sondern durch ihre Glaubwürdigkeit aus dem Geist des Evangeliums heraus. Sie baut auf der Fähigkeit ihrer Glieder, Menschen geistlich zu begleiten und ihnen Orientierung zu geben. In besonderer Weise müssen wir daher die Stärkung und Qualifizierung des Ehrenamts und die Jugend als konstitutiven Teil von Kirche in den Blick nehmen.

Manch einer denkt vielleicht jetzt: Darüber reden wir seit Jahren, und zwar ohne Erfolg. Das ist sicherlich so. Doch daraus darf niemals Resignation folgen. Unsere Krise ist auch eine Krise unseres religiösen und theologischen Selbstver-

ständnisses. Zwei entsprechende Beschlussvorlagen zielen darum auf die Erarbeitung entsprechender Handlungsempfehlungen bis zur Frühjahrs- und zur Herbstsynode 2026.

2. Personelle und finanzielle Transformation

Das Geld kommt erst an zweiter Stelle. Ressourcensteuerung soll der Kirchenentwicklung dienen, nicht umgekehrt. Aber, liebe Schwestern und Brüder, wir müssen uns ganz ehrlich machen: Es ist eben doch das Geld, das uns zwingt, schnell und durchgreifend zu handeln. Dabei hängt die finanzielle Transformation eng mit der personellen zusammen, weil unsere Kosten hauptsächlich Personalkosten sind. Und wenn wir unsere Strukturen nicht verändern würden, wüchse das strukturelle Defizit im landeskirchlichen Haushalt bis 2035 – bestenfalls! – auf jährlich 4,8 Mio EUR! Bestenfalls! Das ist eine theoretische Zahl – aber eben von höchster praktischer Relevanz, denn sie wird nicht eintreten, weil sie nicht eintreten darf und wir verpflichtet sind, alles dafür zu tun. Es ist im Übrigen auch eine Frage des Anstands, wenn Anhalt als Nehmerkirche des Finanzausgleichs seine Pastorationsdichte verringert: Kommen bei uns 611 Gemeindeglieder auf eine Pfarrperson, so sind es in Hessen-Nassau etwa 1.600 und in Bayern 1.980. In der Nordkirche sollen es künftig 2000 und mehr sein.

Unsere Kirche muss daher ab sofort – natürlich sozialverträglich und mit den Spielräumen, die nicht besetzte Stellen und Verrentungen bieten – die Anzahl ihrer Stellen auf ein zukunftsfähiges Maß reduzieren und bei ihrer Beschreibung und Besetzung neue Prioritäten setzen. Eine weitere Beschlussvorlage sieht daher vor, den Landeskirchenrat mit der Erarbeitung eines Stellenplans für die laufende Legislatur und für das Jahr 2035 zu beauftragen. Alle Neubesetzungen sind bis auf weiteres von der Kirchenleitung mittels einer gesetzvertretenden Verordnung zu genehmigen. Kreisoberpfarrerstellen sollen nicht neu besetzt und bis spätestens 2028 aufgehoben werden. Pfarrstellen sollen landeskirchenintern

ausgeschrieben werden. Oberstes Kriterium der Stellenplanung ist die Ermöglichung von Kirche in einem regio-lokalen Zusammenhang, wie ihn aktuell die Verbünde konstituieren.

3. Organisatorische Transformation

Unsere Organisationsstrukturen stammen im Großen und Ganzen aus dem Jahr 1920 und passen im Grunde seit Jahrzehnten nicht mehr auf eine Kirche, die in einer säkularen Gesellschaft nur noch ein Fünfzehntel der damaligen Mitglieder umfasst. Sehr dringend müssen wir daher unsere Organisation so verändern, dass sie weniger Ressourcen bindet – finanziell und personell – also mit weniger hauptamtlichen Stellen und einer Entlastung des Ehrenamts. Denn die Notwendigkeit, hauptamtliche Stellen zu verringern, trifft auf eine Kirche, für die zwar freiwilliges Engagement seit jeher konstitutiv ist, aus deren Strukturen aber dem Ehrenamt vielerlei Frustrationserfahrungen erwachsen, warum die Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit, insbesondere in Gremien, am Schwinden ist.

Die wichtigsten Vorschläge lauten daher:

Zentralkirchliche Ebene:

1. Verkleinerung der Synode auf maximal 20 Mitglieder, Schaffung eines landeskirchlichen Zentrums mit festem Tagungsort und Gottesdienstraum.
2. Auflösung des Landeskirchenrats; alleiniges Leitungsgremium soll eine mehrheitlich ehrenamtlich besetzte Kirchenleitung werden, in der nur noch zwei Hauptamtliche Mitglieder sind: ein Kirchenpräsident bzw. eine Kirchenpräsidentin und ein Leiter bzw. eine Leiterin des Landeskirchenamts. Das Landeskirchenamt wird zu einer landeskirchlichen Servicestelle, die den Gemeinden so viel Verwaltungsarbeit wie möglich abnimmt.

Mittlere und untere Ebene:

1. Auflösung der Kirchenkreisstruktur inklusive der Kreissynoden, der Kreisoberpfarrämter und der Kreiskonvente,

2. Transformation der Gemeinden in Körperschaften des kirchlichen Rechts,
3. Einführung eines zentralisierten Gebäude- und Grundstücksmanagements inklusive einer Klassifizierung der Gebäude bezüglich ihrer Erhaltung, die zur Stilllegung eines Teils der Kirchen führt,
4. Verstärkte Kooperation mit anderen Landeskirchen, inklusive der Prüfung der Möglichkeit einer Fusion,
5. Ertüchtigung der Stiftung Evangelisches Anhalt für die Sicherung anhaltischer Identität.

Ich möchte hier nur den Punkt zwei noch erläutern, weil er der weitreichendste ist und die Schwestern und Brüder aus den Gemeinden, die heute hier sind, besonders interessiert. Die bis heute gültige Rechtsform unserer Gemeinden ist die Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Dieser Status gewährt ihnen ein hohes Maß an Autonomie im und gegenüber dem Staat. Zugleich ist festzustellen, dass den damit verbundenen Rechten immer auch Pflichten korrespondieren: formalisierte Verfahren der Willensbildung und der Außenvertretung, Arbeitgeber- und Fürsorgepflichten, Verkehrssicherungspflichten, Grundstücksverwaltung, Kasse und Haushaltsführung etc. Je kleiner eine Gemeinde wird, desto schwieriger wird es für sie, diesen Pflichten nachzukommen. Ihrer ledig, würde die Belastung der Haupt- und vor allem Ehrenamtlichen deutlich verringert werden.

Wir schlagen daher vor: Den Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts sollen nur noch fünf große Gebietsgemeinden erhalten, die den heutigen Kirchenkreisen entsprechen. Alle in deren Gebiet liegenden Ortsgemeinden werden künftig als Körperschaften des kirchlichen Rechts eingestuft und organisiert. Nur auf der Ebene der Gebietsgemeinden sollen noch Gemeindekirchenräte mit Rechten und Pflichten bisher weiter bestehen. Die gleichzeitige Bündelung von Verwaltungskompetenzen im Landeskirchenamt soll weitere Einsparungseffekte zeitigen. Die Gebietsgemeinden sollen die Funktion der jetzigen Kirchengemeinden- und Mitarbeitendenverbünde mit ihren multiprofessionellen Teams erfüllen. Davon sollen also nur fünf bestehen bleiben.

Das alles soll durch eine Verfassungskommission erarbeitet und muss bis 2030 rechtlich umgesetzt werden.

Liebe Schwestern und Brüder, als Historiker raune ich ihnen zu: Im historischen Vergleich zu 1919 nimmt sich das alles klein aus. Als Synodaler aber sage klar: Für uns alle sind das sehr weitreichende, einschneidende Maßnahmen. Unmittelbar Betroffenen muten diese Vorschläge sehr viel zu. Für manchen sind sie mit Sorgen und Ängsten, mit Ärger und Verdruss verbunden, für andere vielleicht sogar mit Trauer und Wut. Der Ausschuss sieht dies. Der Ausschuss nimmt das ernst.

Aber. Aber. Zwei Abers habe ich noch. Erstens: Es muss sein, wir müssen einen Cut machen, sonst verlieren wir die Handlungsfähigkeit.

Zweitens:

„Fürchte dich nicht, du kleine Herde; denn es ist eures Vaters Wohlgefallen, euch das Reich zu geben“. Das war Albert Hinzes Bibelwort 1919. Jesus fordert seine Zuhörer zum furchtlosen Bekenntnis zu Gott auf, erzählt von der falschen Selbstsicherheit des reichen Mannes, der sich extra große Scheunen für die reiche Ernte bauen will, doch bevor er sie genießen kann, von Gott heimgerufen wird. Und seine Gedanken darüber, dass sich die Menschen oftmals zu sehr um das Äußerliche, das Vergängliche sorgen, lässt er einmünden in die Worte: „Euch jedoch muss es um sein Reich gehen; dann wird euch das andere dazugegeben. Fürchte dich nicht, du kleine Herde! Denn euer Vater hat beschlossen, euch das Reich zu geben.“

„Euch jedoch muss es um sein Reich gehen.“ Ein schöner Satz. Ein wahrer Satz. Doch auch ein schwerer Satz. Der Stockkonservative Albert Hinze, der die Revolution ablehnte und erschrocken vor der Aufgabe stand, die Kirche zu reformieren, zog drei wichtige Schlüsse aus diesem Satz.

Erstens sah er, dass Gott die Veränderungen hatte geschehen lassen, nicht um die Kirche zu strafen, sondern ihr etwas Neues zu geben, mehr Freiheit, weniger Staat, sie zu führen, weg von der Macht, hin zu seinem Wort. Auch wir dürfen glauben, dass Gott bei uns ist, ja dass er mit auch in dieser Krise etwas vorhat mit uns.

Zweitens bekannte Hinze: „Mag auch die Kirche verfallen, ihre Ordnung und Einrichtung dahinsinken, sie ist nur das *Kleid*, das Reich Gottes der *Leib* Christi. Der wird und muß uns bleiben, auch wenn das alte Gewand verbraucht und abgelegt ist.“ Auch das gilt heute ohne jede Einschränkung.

Daraus folgt aber keine Selbstaufgabe. Drittens hatte Hinze verinnerlicht: Wenn wir über die Kirche nachdenken, dann müssen wir zuallererst über Gott nachdenken. Karl Barth brachte diesen Vorgang zur gleichen Zeit in seinem berühmten Römerbriefkommentar folgendermaßen auf den Punkt:

Wenn wir anfangen, über Gott nachzudenken, muss jedes menschliche Gespräch in einer „großen Störung“ enden. Natürlich gilt dies gerade für ein Gespräch über die Zukunft der Kirche. Wenn wir anfangen, über Gott nachzudenken, müssen wir uns unterbrechen lassen in unseren Routinen, aus irdischen Erfahrungen irdische Erwartungen abzuleiten. Wenn wir anfangen, über Gott nachzudenken, dann kommen wir nicht umhin, die Gestalt dieser Kirche als etwas einzustufen, das Karl Barth „Eigenart, Eigenwille, Eigenmacht, Eigenrecht des Menschen“ nennt, etwas, von dem er meint, dass es immer wieder erst in sich zusammenbrechen muss, damit Gott die Ehre gegeben werden kann. Denn diese Kirche soll sich nicht einfach in diese Welt fügen, sondern in deren Verwandlung! Mit anderen Worten: Wir müssen umkehren und umdenken. Wir müssen Buße tun.

Und, liebe Schwestern und Brüder, wenn wir wirklich anfangen, von Gott, dem ganz Anderen, zu reden, dann reden wir natürlich immer menschlich. Als Christen aber tun wir es aus der Erkenntnis heraus, dass sich all unser Prognostizieren und Planen, all unser Versuchen, Recht zu bekommen, unvermeidlich darauf

gründet, immer unrecht zu haben, sprich in allem der Gnade Gottes bedürftig zu sein. In jedem Vorschlag zur Reform dieser Kirche, ob er in diesem Papier steht oder nicht, bekennen wir immer mit, dass die Pharisäer und die Zöllner mitten unter uns sind, ja dass wir selbst die Pharisäer und die Zöllner sind. Alle miteinander.

Aus der Krise erwuchs in Anhalt 1918 in großer Schnelligkeit eine Kirchenverfassung, die ihrer Zeit weit voraus war. Wenn wir Benjamin Lassiwe folgen, der uns im Frühjahr als „Schnellboot“ klassifiziert hat, müssten wir zu so etwas auch heute fähig sein. Wenn wir diese Krise bewältigen wollen, dann dürfen wir nicht länger warten, sondern müssen jetzt losgehen. Entscheidend dabei ist, was Albert Hinze schon 1919 aussprach:

„Der kleinen Herde gehört das Reich, daraus ergibt sich für jeden Christen die vornehmste Aufgabe seines Lebens: Sorge dafür, daß du ein Glied dieser kleinen Herde treuer Jünger deines himmlischen Herrn bist. Daraus ergibt sich auch die höchste Pflicht dieser und der kommenden Synoden: Sorget dafür, daß innerhalb der von Euch zu schaffenden Ordnungen und Einrichtungen diese kleine Herde lebendiger Christen leben und sich entwickeln kann. Dann dürfen wir furchtlos der Zukunft dieser Kirche entgegengehn, denn sie enthält den lebensvollen, mit der Verheißung des künftigen Reiches ausgestatteten Kern, dessen Zukunft keine Macht der Welt zu vernichten vermag.“

Vielen Dank.